

Haushaltsrede von Bürgermeister Tobias Stockhoff

anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2017 der Stadt Dorsten

am 14.09.2016

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus Rat und Verwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Jahr habe ich einen traumhaften Ausblick in 1400 m Höhe auf die Muthspitze und die Texelgruppe genutzt, um meine Haushaltsrede zu schreiben.

Vielleicht habe ich damit ein wenig die Hoffnung verbunden, dass der Ausblick in das Haushaltsjahr 2017 ebenso klar und wolkenfrei möglich sein wird, wie eben an jenem vergangenen Mittwoch innerhalb meines Wanderurlaubs.

Die Zahlen, die wir gerade von unserem Kämmerer gehört haben, dürften uns aber wieder in die westfälische Tiefebene der Tatsachen zurückgeholt haben.

Die immer neuen Hiobsbotschaften des Kreises Recklinghausen und des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) der letzten Wochen lassen uns leider wenig hoffnungsfroh in die Zukunft blicken.

Zusammenfassend kann man sagen:

Die Stadt Dorsten könnte auch in 2017 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, weil alle Bürgerinnen und Bürger, alle Kolleginnen und Kollegen im Rathaus und auch wir in der Gemeinschaft des Rates schmerzhaft Einschnitte mitgetragen haben!

Einschnitte, für die jeder von uns auf der Straße, im Verein, in der Nachbarschaft, ja sogar in der Familie Rechenschaft ablegen musste bzw. muss.

Wohlgemerkt: „Könnte“. Denn unsere gemeinschaftlichen Bemühungen, Schulden abzubauen sowie ausgeglichene und generationengerechte Haushalte zu beschließen, werden durch die Damen und Herren in Münster im LWL-Landeshaus des unmöglich gemacht.

Während der Landschaftsverband Rheinland seine Umlage aller Voraussicht nach 2017 senken wird – und trotz einiger Erhöhungen in den vergangenen Jahren immer noch deutlich unterhalb des Hebesatzes des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe liegt – wollen Landschaftsdirektor Matthias Löb und sein Kämmerer Georg Lunemann die Landschaftsumlage um mehr als 10,5 % erhöhen.

Über zehn Prozent, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Rheinland gelten übrigens exakt die gleichen Standards, beispielsweise bei der Versorgung von Menschen mit Behinderungen, wie in Westfalen.

Der erkennbar hilflose Versuch, von einigen durch den LWL oder LWL-Mitarbeitern vorgeschickten örtlichen Lokalpolitikern, die Diskussion über das inzwischen unerträgliche Verhalten des LWL zu unterbinden, musste daher krachend scheitern.

Im Wochenkommentar von Stefan Diebäcker in der Dorstener Zeitung vor einigen Tagen wurde das Thema richtig erfasst!

Es geht uns im Rathaus nicht darum, dass hier Menschen mit Behinderungen, Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf oder psychisch erkrankten Menschen nicht die Hilfe und Förderung zukommt, die ihnen zusteht.

Es geht uns darum, dass der LWL ganz offensichtlich die Mittel nicht angemessen im Sinne der Städte und Kreise verwaltet und Standards immer weiter zu Gunsten des LWL anpasst.

Vor zwei Wochen hatten wir ein Gespräch mit der Lebenshilfe in Dorsten. Von den genannten extremen Kostensteigerungen kommt bei der Lebenshilfe und bei den bedürftigen Menschen vor Ort nichts, aber auch gar nichts an, so der eindeutige Tenor unseres Gespräches mit Betroffenen, Mitarbeitern und Vorstand.

Wir, die Städte und Kreise – die Träger des LWL – müssen uns zwingend fragen, wo liegt beim LWL der systematische Fehler?

Schauen wir uns nur einmal den Jugendhilfebereich an:

1. Beim LWL ist das Landesjugendamt Westfalen-Lippe angesiedelt, also die Aufsicht über zahlreiche Einrichtungen der Jugendhilfe.
2. Der LWL ist Betreiber eines Teils dieser Einrichtungen.
3. Der LWL sitzt mit am Tisch – ich möchte sagen, als **der**, aber mindestens als **einer der** Hauptakteure – wenn es um Abrechnungssätze der Jugendhilfeträger geht.

Natürlich sind das alles unterschiedliche Abteilungen oder Eigenbetriebe des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Flure im Landeshaus in Münster sind sehr kurz und wenig kommunalfreundlich.

Wer hier nicht erkennt, dass dieses System den Grundstein für eine ineffektive Mittelverwendung bildet, die zu Lasten der Menschen geht, die Hilfe benötigen, der findet auch in sternenklarer Nacht nicht den Mond am Himmel.

Machen wir also gemeinsam als Städte, Gemeinden und Kreise Druck, damit diese Struktur der Selbstbedienung endlich hinterfragt wird! Strukturen, die definitiv in anderen Bundesländern effektiver arbeiten – bei gleichen Standards!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir alle kennen sie, die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Caritas, der Diakonie, der AWO oder des Roten Kreuzes.

Wenn der hauptamtliche AWO-Geschäftsführer Uwe Hildebrandt in der LWL-Diskussion diese ehrenamtlichen Stützen unseres Sozialstaates ins Gespräch bringt, dann ist das gezielte Irreführung der Bürgerinnen und Bürger.

Diese Menschen, die sich aus christlicher Nächstenliebe, sozialdemokratischer Solidarität, liberaler Humanität oder grünem Nachhaltigkeitsdenken für andere Menschen einsetzen, bekommen nicht einen Cent vom LWL dafür. Sie profitieren also auch nicht von einer maßlosen Erhöhung der Umlage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

noch einen dritten Punkt möchte ich in diesem Zusammenhang ansprechen: Land und Bund muss klar sein, dass sie bei jeder Erhöhung von Standards im sozialen Bereich auch die Städte und Gemeinden dafür angemessen finanziell ausstatten müssen.

- Mehr notwendige Inklusion in Schule und Gesellschaft, heißt dann eben auch: Mehr Geld aus Düsseldorf für unsere Städte und Gemeinden, um das zu finanzieren.
- Und höhere sinnvolle Betreuungsstandards im Bereich der Pflege, heißen dann eben auch: Mehr Geld aus Berlin für unsere Städte, um das finanzieren zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Stadt Dorsten hat im vergangenen Jahr etwa 15 Millionen Euro an Schulden zurückgezahlt. Auch in diesem Jahr werden es wieder 15 Millionen Euro sein. Wir bauen damit weitere 5 % unserer Verschuldung ab.

In dieser Niedrigzinsphase ist es richtig, dass wir auf den Schuldenabbau setzen.

Schuldenabbau, der uns jetzt und auch in Zukunft in die Lage versetzt

- höhere Zinsen im Haushalt irgendwann besser kompensieren zu können.
- bei der Gebäudeunterhaltung von Kindergärten und Schulen nachhaltiger zu investieren.

- Straßen und Wege nicht mehr behelfsmäßig zu flicken, sondern so zu reparieren, dass wir Werte erhalten und nicht von der Substanz zu Lasten unserer Kinder zehren.

Leider leben wir aktuell aber genau von dieser Substanz.

Wir stecken etwa jedes Jahr 0,7 % des Neuwertes in die Sanierung und Unterhaltung unserer städtischen Gebäude. Damit kommen wir so gerade noch unserer Verkehrssicherungspflicht nach. Den Wert der Gebäude erhalten wir dadurch aber nicht.

Gleiches gilt für den Straßenbau und die Wegeunterhaltung.

Die dicke Rechnung zahlen am Ende unsere Kinder und Kindeskiner, die in 10, 20 oder 30 Jahren weitaus höhere Summen in die Gebäude stecken müssen, als wir es jetzt tun müssten, wenn wir die empfohlenen 1,2 % des Neuwertes jährlich für die Gebäudeunterhaltung aufbringen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe deshalb unseren Kämmerer sowie das Zentrale Gebäudemanagement und das Tiefbauamt beauftragt, einen nachhaltigen Investitionsplan für unsere städtische Infrastruktur zu entwickeln. Dieses Konzept wird Ihnen vor der Haushaltsverabschiedung vorgelegt werden.

Die Rahmenbedingungen sind aktuell gut dafür, denn durch das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes sowie das angekündigte Programm „Gute Schule 2020“ des Landes NRW wurden erste Grundsteine gelegt.

Auch ein Teil der Einsparungen aus der Schuldentilgung müssen aus meiner Sicht in die Unterhaltung unserer städtischen Infrastruktur fließen.

Ob es nachher ohne Einsparungen oder Mehreinnahmen in anderen Bereichen geht, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen und die LWL-Mehrausgaben machen es dabei sicherlich noch einmal deutlich schwieriger.

Aber der vor wenigen Tagen verstorbene ehemalige Bundespräsident Walter Scheel hat einmal gesagt:

*„Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein,
die öffentliche Meinung abzuklopfen
und dann das Populäre zu tun.
Aufgabe des Politikers ist es,
das Richtige zu tun
und es populär zu machen.“*

Wir, die Mitglieder des Rates der Stadt Dorsten, müssen daher jetzt eine Richtungsentscheidung treffen!

Wollen wir wirklich weiter an der Unterhaltung unserer Infrastruktur sparen und damit die entstehenden deutlichen Mehrkosten unseren Kindern aufbürden?

Oder wollen wir den Mut haben, die Mittel jetzt einzusetzen? Wollen wir jetzt das Notwendige tun, Werte nachhaltig sichern, durch energetische Maßnahmen die Natur schützen und den städtischen Haushalt mittelfristig entlasten?

Diese Richtungsentscheidung liegt jetzt in unseren Händen, in den Händen des Rates der Stadt Dorsten, dem Gremium, das die Menschen dieser Stadt gewählt haben, um das Richtige und nicht um das Populäre zu tun!

Dass wir diesen Mut haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, erkenne ich an dem gemeinschaftlichen Antrag, der heute von CDU, SPD, Grünen und FDP eingegangen ist.

Ein Antrag, der das Jüdische Museum Westfalen auch in der Niedrigzinsphase mit den daraus resultierenden schlechten Stiftungserträgen absichern möchte.

Ein Antrag, der zeigt, dass wir, der Rat dieser Stadt, Verantwortung in unserer Stadt übernehmen wollen.

Ein Antrag, der gleichsam ein klares Bekenntnis für die wichtige Arbeit des Jüdischen Museums in den Bereichen Geschichte, Kultur, politische Bildung sowie Religion ist.

Ich habe in den letzten beiden Jahren die zähen Verhandlungen zwischen dem Jüdischem Museum und dem LWL miterlebt. Und auch mein Vorgänger hat oft von diesen Gesprächen und dem ewigen Vertrösten des LWL berichtet.

Verhandlungen, die dem Jüdischen Museum Westfalen durch einen moderaten Zuschuss von 40.000 oder 50.000 Euro im Jahr die Existenz hätten sichern sollen.

Ein Zuschuss, der lächerlich gering ist, im Vergleich zu den 1,4 Millionen Euro, die der LWL im nächsten Jahr nur alleine von der Stadt Dorsten mehr haben will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin dankbar, dass wir aufgrund der erfreulichen Haushaltsentwicklung in diesem Jahr einen kleinen Teil unserer Zinersparnis einmalig dem Jüdischen Museum zur Verfügung stellen wollen.

Ein klares Zeichen auch in Richtung LWL, dass wir diese entwürdigenden Bittgänge von Museumsleitung und ehrenamtlichem Vorstand nach Münster nicht weiter akzeptieren können und werden.

Dieser Zuschuss, der auch für uns eine Herausforderung ist, ist gleichsam ein Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit des Museums und der engagierten Ehrenamtlichen, ohne die dieses Haus nicht mehr existieren würde.

Dankbar bin ich auch, dass es ein gemeinsamer Antrag von vier Fraktionen ist und dass das auch der ausdrückliche Wunsch der mich ursprünglich zwecks Prüfung anfragenden Fraktionsvorsitzenden war.

In einer Zeit, wo nicht wenige Menschen – leider noch vor wenigen Tagen durch Wahlergebnisse dokumentiert – unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte in Frage stellen, ist das ein ebenso wohltuendes, mutiges wie notwendiges Zeichen.

Der frühere Bundeskanzler Willy Brandt hat einmal gesagt:

*„Demokratie darf nicht so weit gehen,
dass in der Familie darüber abgestimmt wird,
wer der Vater ist.“*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
dieses Zitat steht dabei nicht im Widerspruch zu einem anderen Zitat von Willy Brandt: *„Mehr Demokratie wagen!“*

Der Satz führt uns aber vor Augen, dass die Grundwerte und Spielregeln unserer Demokratie feststehen.

Ich habe aber inzwischen die Sorge, dass unsere Grundwerte und Spielregeln von immer mehr Menschen nicht mehr akzeptiert, ja, in Teilen sogar bewusst missachtet werden.

- Menschen, die uns einreden wollen, dass das Grundgesetz keine Rechtskraft habe und die Bundesrepublik nur eine Firma sei.
- Menschen, die statt unserem Recht religiöse Gesetze hier in unserem Land anwenden möchten.
- Menschen, die mit absurdesten Thesen unsere Grundrechte und Grundwerte verbal und nonverbal bekämpfen.

Ein besonderes Verbreitungsgebiet dieser Menschen – leider auch in unserer Stadt – sind die sozialen Netzwerke.

In Gesprächen höre ich in diesem Zusammenhang öfter den Hinweis, dass wir uns solchen absurden Diskussionen nicht stellen sollten. Es würde diese Menschen unnötig aufwerten.

Eine, wie ich finde, zu intellektuelle Betrachtung des Problems.
Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
ich empfehle Ihnen dringend einen Blick in diese Diskussionen.

Es sind leider nicht wenige Menschen, die so argumentieren.

Umso wichtiger ist es, dass wir endlich klarer Position beziehen.

Wir dürfen diesen absurden Thesen und den Menschen dahinter nicht das Feld überlassen, nur weil wir in unserer Tageszeitung aufgrund gewissenhafter journalistischer Arbeit damit nicht konfrontiert werden.

Wir dürfen auch nicht andauernd mit uns über Spielregeln diskutieren lassen.

Kein Fußballspieler, der auf das Feld geht, diskutiert mit dem Schiedsrichter über die Grundregeln des Spiels.

Diese Regeln stehen fest!

Regeln, die auch in einem anderen Zusammenhang wichtig sind.

So war es unser gemeinsamer Wunsch, die Bürgerbeteiligung in Dorsten weiter zu stärken.

Inzwischen stellen sich erste Erfolge ein.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, d. h. Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, müssen in vielen Punkten noch lernen.

- Lernen, dass Bürgerbeteiligung nicht automatisch heißt, dass jeder Vorschlag aus der Bürgerschaft umgesetzt wird bzw. umgesetzt werden kann.
- Lernen, dass Bürgerbeteiligung bedeutet, dass wir als Politik zuhören müssen und nicht sofort unsere Meinung in den Meinungsbildungsprozess mit einbringen.
- Lernen, dass Bürgerbeteiligung klare Spielregeln braucht, die vorher transparent erläutert werden müssen.

Das Projekt „WIR MACHEN MITte“ ist vielleicht die Nagelprobe für diesen Weg, den wir gemeinschaftlich eingeschlagen haben.

Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlich bitten:
Wirken Sie bei diesen Prozessen konstruktiv mit!

In diesem Zusammenhang begrüße ich den vorliegenden Antrag, dem Büro für Bürgerengagement und Ehrenamt bzw. den Stadtteilkonferenzen ein eigenes Budget zuzuordnen.

Heute liegt uns auch noch ein weiterer Antrag vor, der sicherlich für einige Diskussionen in Rat und Bürgerschaft sorgen wird.

Es geht dabei um die Sauberkeit und Ordnung in unserer Stadt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

inzwischen haben wir an einigen Stellen in unserer Stadt einen Grad des Vermüllens und der Verschmutzung erreicht, der so nicht mehr von uns akzeptiert werden kann.

Wir stehen vor der Frage, ob wir zusätzliches Personal beim Entsorgungsbetrieb einstellen wollen oder ob wir diesen „Mit“-Bürgern, die als Kinder offensichtlich Schweine als Lieblingstiere hatten, nicht endlich klar die Rote Karte verbunden mit empfindlichen Strafen zeigen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme wieder zurück auf den Anfang meiner Rede.

Im Urlaub habe ich so manchen Höhenmeter überwunden.

Ich habe so manchen schmalen Grat gehen müssen.

Und manchmal blies mir der Wind ganz schön um die Nase.

Am Ende stand aber immer ein Ziel – den Gipfel zu erreichen.

In den vergangenen 12 Monaten haben wir gemeinsam mit vielen engagierten Menschen in unserer Stadt die erste Hürde bei der Aufnahme von Flüchtlingen in unserer Stadt gemeistert.

Natürlich schließen sich weitere Hürden auf dem Weg hin zur kurzfristigen oder langfristigen Integration dieser Menschen an.

Aber wir haben als Gemeinschaft des Rates bewiesen, dass wir gemeinschaftlich diese Problemstellung besser gemeistert haben, als zerstrittene Stadträte.

Eines unserer gemeinsamen Ziele für die nächsten Wochen muss es nun sein, am 23. November 2016 einen Haushalt zu beschließen, der genehmigungsfähig und nachhaltig ist.

Auch wenn unser Kämmerer und wir gemeinsam mit ihm noch einmal in ein Relegationsspiel gegen den LWL gehen müssen – ohne eine gute Vorarbeit könnten wir im November keinen Haushalt beschließen.

Sehr herzlich möchte ich daher zum Schluss meiner Rede unserem Kämmerer Hubert Große-Ruiken, seinem Team in der Kämmerei sowie den Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Fachämter danken, die diesen Haushaltsentwurf in den letzten Monaten aufgestellt haben! Herzlichen Dank dafür!

Uns, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, wünsche ich in den nächsten Wochen eine gute und konstruktive Haushaltsberatung sowie die eine oder andere Verbesserung bei den externen Faktoren, die unseren Haushalt Jahr für Jahr erheblich in Schwanken bringen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!